

WiR im BRH-BW

Wissen im Ruhestand

Der elektronische Informationsdienst Bund der Ruhestandsbeamten BW

Ausgabe 01 vom 13.08.2008

Aus dem Inhalt:

- 01 Aktionen zur Rettung der Krankenhäuser in Deutschland**
- 02 Voller Krankenversicherungsbeitrag auf Pension gerechtfertigt**
- 03 Ökonomisierung zulasten der Demenzkranken**
- 04 Ältere, die laufen, leben besser und länger**
- 05 Manchen Rentnern drohen Steuernachzahlungen**
- 06 Prognosen zu optimistisch?**
- 07 Zahlen der Rentenversicherung**
- 08 Ältere verursachen hohe Krankheitskosten**
- 09 Hohe Bezüge für Krankenkassen-Vorstände**
- 10 Ältere Internet-Nutzer**
- 11 In den USA wächst Anteil der arbeitenden 70-jährigen**
- 12 Auskünfte über Ärzte**
- 13 Lästige Anrufe abwehren**

01 Aktionen zur Rettung der Krankenhäuser in Deutschland

Die Aktionen zur Rettung der Krankenhäuser in Deutschland sind erfolgreich angelaufen. Weitere stehen an, bevor das Aktionsbündnis „Rettung der Krankenhäuser“, in dem der dbb mit den entscheidenden Organisationen und Verbänden des Krankenhauswesens zusammenarbeitet, zur Großdemonstration am 25. September 2008 am Brandenburger Tor in Berlin aufruft. Materialien für regionale Aktionen können jetzt in der **dbb Pressestelle** bestellt werden. Zeigen Sie per Plakat, dass weitere Kürzungen „Lichter aus im Krankenhaus“ bedeuten! Informieren Sie mit Wandzeitungen darüber, warum „Krankenhäuser SOS funken“! Machen Sie mit dem Flyer deutlich: „Gute Pflege kostet! Der Budget-Deckel muss weg!“ Fordern Sie Postkarten und Fahnen an. Und geben Sie auf der Homepage www.rettung-der-krankenhaeuser.de Ihre Stimme zur Rettung der Krankenhäuser ab!

Quelle dbb

02 Voller Krankenversicherungsbeitrag auf Pension gerechtfertigt

Es ist nicht zu beanstanden, dass ein Beamtenpensionär, der der gesetzlichen Krankenversicherung angehört, für seinen Krankenversicherungsschutz den vollen Beitrag aus seiner Pension zahlen muss, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden und damit seine bisherige Rechtsprechung fortgesetzt (Az.: 1 BvR 1413/07). Eine Pensionärin gehörte freiwillig einer Ersatzkasse an. Für diesen Versicherungsschutz muss sie den vollen Versicherungsbeitrag aus eigenen Mitteln aufbringen. Sie beanstandete, dass sie schlechter gestellt sei als Rentenbezieher, die nur den halben Beitrag leisten müssen. Für sie bedeute das eine zusätzliche Belastung von 260 € monatlich. Das Bundesverfassungsgericht hat die unterschiedliche Behandlung von gesetzlichen Renten und anderen

Altersbezügen bei der Krankenversicherung in der Vergangenheit bereits abgeseget. Jetzt hat es diese Rechtsprechung ausdrücklich auch für die Beamtenpensionen bestätigt.

03 Ökonomisierung zulasten der Demenzkranken

Die "zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche in der Gesellschaft" geht zulasten der Demenzkranken und der Personen, die sie pflegen. Die Betreiber von Heimen sähen in erster Linie auf den Gewinn, erst danach auf die optimale Pflege, sagen zwei leitende Krankenhausärzte in einem Zeitungsartikel. Angehörige, die Demenzkranke pflegen, seien hoch belastet, weil die Kranken unfähig seien, Dank oder Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Es sei zu erwarten, dass die Krankheit demnächst frühzeitig erkannt werden könne, dagegen gebe es bisher keinerlei Behandlungsmöglichkeit. Die Fachleute rechnen damit, dass es jährlich 200.000 Neuerkrankungen geben wird.

04 Ältere, die laufen, leben besser und länger

Wer als älterer Mensch läuft, lebt länger - und besser. Das haben Wissenschaftler in den USA bei einer Langzeitstudie über mehr als 20 Jahre festgestellt. Zwar haben die Jogger ihre wöchentliche Laufzeit mit den Jahren verringert, während gleichzeitig die Beschwerden mit dem Alter auch bei ihnen zunahmten. Vergleiche ergaben aber, dass sie die Aufgaben des täglichen Lebens besser bewältigten als ihre nicht laufenden Altersgenossen. Dabei wurde der Unterschied im Befinden mit dem Lebensalter immer größer. Untersuchungen ergaben außerdem, dass die Läufer gesünder waren als die Nichtläufer. Fachleute führen das darauf zurück, dass die Gefahr, an Herz-Kreislauf-Beschwerden zu erkranken, bei den Läufern geringer ist.

05 Manchen Rentnern drohen Steuernachzahlungen

Auf Rentner könnten im Jahr 2009 Nachforderungen des Finanzamtes zukommen. Das Bundesfinanzministerium rechnet mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von rund 6 Milliarden € für die Jahre 2005 bis 2008. Seitdem das Alterseinkünftegesetz in Kraft getreten ist (2005), werden Renten stärker als in der Vergangenheit besteuert. Bisher hat die Finanzverwaltung das neue Gesetz wegen "technischer Schwierigkeiten" nur eingeschränkt angewendet. Das soll sich im nächsten Jahr ändern, weil dann das "Rentenbezugsmitteilungsverfahren" umgesetzt wird. Danach sind alle Stellen, die Altersbezüge zahlen (Pensionsregelungsbehörden, Versicherungen, Versorgungswerke), verpflichtet zu melden, welche Leistungen sie gewähren. Dadurch erfahren die Finanzämter, welche sonstigen Altersbezüge der Rentner bezieht.

Wer nur Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bekommt, wird wahrscheinlich weiter steuerfrei sein, erwarten Fachleute. Anders könnte es aber sein, wenn der Rentner daneben zusätzliche Einkünfte aus Betriebsrente, privater Lebensversicherung oder Vermietung und Verpachtung hat.

06 Prognosen zu optimistisch?

Was Prognosen über den Wirtschaftsverlauf wert sind, wird derzeit besonders deutlich. Wirtschaftsfachleute werfen der Bundesregierung vor, ihre Vorhersagen für das Jahr 2008 seien zu optimistisch ausgefallen. Dabei haben die Institute vor zwei Monaten noch selbst ein Wachstum von über 2% prognostiziert. Das war das Ergebnis des ungewöhnlich erfolgreichen ersten Quartals 2008. Die Monate April bis Juni 2008 sind deutlich schlechter ausgefallen, und es mehren sich die Befürchtungen, es könnte zu einer Rezession kommen. Ihre eigenen Vorhersagen zu revidieren, sehen die Wirtschaftsinstitute als weniger dringlich an.

07 Zahlen der Rentenversicherung

Die Rentenversicherung Bund hat 2007 *Einnahmen* erzielt in Höhe von 231,3 Milliarden €, wovon 173,8 Milliarden € aus Beiträgen und 55,9 Milliarden € aus Bundeszuschüssen stammten. Dem standen *Ausgaben* gegenüber in Höhe von 230,2 Milliarden €, und zwar 200,7 Milliarden € für die Renten und 13,6 Milliarden € für die Krankenversicherung der Rentner. Für Verwaltung und

Verfahrenskosten hat die Rentenversicherung 3,5 Milliarden ausgegeben. Insgesamt wurde ein Haushaltsüberschuss von 1,1 Milliarden € erzielt. Die Rücklage betrug Ende 2007 11,5 Milliarden €, immerhin 1,8 Milliarden € mehr als am Ende des Vorjahres, hat Alexander Gunkel, Vorstandsvorsitzender der Rentenversicherung Bund, erklärt.

Inzwischen liegen auch die Zahlen für die ersten drei Monate 2008 vor. Danach sind die Einnahmen aus Pflichtbeiträgen vom Arbeitsentgelt um 4,4% höher ausgefallen als im gleichen Zeitraum 2007. Insgesamt wird für das laufende Jahr mit einem Zuwachs von 4,0% gegenüber dem Vorjahr gerechnet. In der Rentenversicherung würde das für 2008 insgesamt zu einem Haushaltsüberschuss von 3,5 Milliarden € führen. Für die Zeit bis 2012 rechnet Gunkel damit, dass die Rücklage auf 27,0 Milliarden Euro ausgebaut werden kann.

08 Ältere verursachen hohe Krankheitskosten

Rund 236 Milliarden € haben die Deutschen im Jahre 2006 für ihre Gesundheit ausgegeben, teilt das Statistische Bundesamt mit. 111 Milliarden € davon entfielen auf Menschen über 65 Jahre. Für die Älteren wurden pro Kopf durchschnittlich 6.910 € aufgewendet, für die Jüngeren im Durchschnitt 1880 €. Als Gründe für die höheren Kosten bei den Älteren werden Pflegebedürftigkeit, intensivere Inanspruchnahme medizinischer Angebote sowie Mehrfacherkrankungen genannt.

09 Hohe Bezüge für Krankenkassen-Vorstände

Der Bundesrechnungshof hat die gesetzlichen Krankenkassen gerügt. Nachdem er 29 von 217 Krankenkassen geprüft hat, beanstandete er insbesondere die Vergütungen für die Vorstände, die durchschnittlich bei 140.000 € liegen sollen. Im Einzelfall sind auch 100.000 € mehr gezahlt worden. Der Bundesrechnungshof hält das für zu hoch, denn die Kassenvorstände müssten mit der Beamtenschaft, nicht etwa mit den Vorständen in der privaten Wirtschaft verglichen werden. Beanstandet wurden auch zusätzliche Leistungen wie die Versorgungs- und Übergangsregelungen. Werden die Vorstandschefs nicht wieder gewählt, so erhalten sie Übergangsgelder bis in Höhe von zwei Jahresgehältern. In einem Fall soll eine Pension in Höhe von 75% der letzten Bruttobezüge an einen 51-jährigen ausgeschiedenen Vorstand gezahlt worden sein.

10 Ältere Internet-Nutzer

Fast 70% der Deutschen ab 10 Jahren nutzen das Internet, sagt das Statistische Bundesamt. Das gilt auch für die nicht mehr ganz Jungen. Von den über 54-jährigen ist immerhin jeder zweite täglich online.

11 In den USA wächst Anteil der arbeitenden 70-jährigen

In den USA arbeiten immer mehr Menschen über 70 Jahre hinaus. Im Jahr 2005 gingen 52% der Männer und 39% der Frauen dieser Altersgruppe einer *Vollzeitbeschäftigung* nach, und es werden immer mehr. Seit 1986 gibt es in den Vereinigten Staaten keine Zwangsverrentung mehr; überdies wird das Mindestalter für den Bezug der Rente schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Beobachter meinen, nicht zuletzt enormer Anstieg der Gesundheitskosten in den USA zwingt die älteren Amerikaner, die dem überwiegend privaten Rentensystem ohnehin misstrauen, länger zu arbeiten.

12 Auskünfte über Ärzte

Die "Stiftung Gesundheit", eine unabhängige gemeinnützige Organisation, verweist auf die Möglichkeit, Auskunft einzuholen über die Reputation von Ärzten. Seit dem Jahr 2001 prüft die Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Kiel dazu Mediziner. Überprüft wird der Umgang mit den Patienten, das Qualitätsmanagement und neuerdings auch die medizinische Reputation, also der Ruf, den der Arzt unter den Kollegen genießt. Weitere Einzelheiten auch zu der Frage, wo die Auskunft bezogen werden kann, unter info@stiftung-gesundheit.de.

13 Lästige Anrufe abwehren

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Verbraucher vor lästigen, ungebetenem Telefonanrufen geschützt werden sollen. Anrufe zu Werbezwecken, mit denen dem

Angerufenen vermittelt wird, er sei der glückliche Hauptgewinner einer Tombola, sollen nur noch zulässig sein, wenn der Hörer ihnen ausdrücklich zugestimmt hat. Andernfalls drohen dem Anrufer Geldstrafen. Allerdings muss der Angerufene in der Lage sein, den Werber möglichst genau zu bezeichnen. Verbraucherzentralen empfehlen deshalb, im Zweifel Ort und Zeit des Telefongesprächs möglichst exakt festzuhalten und den Werber auszuhorchen, für welches Unternehmen er tätig ist.

Quelle: BRH Bund

Die Ausgabe erscheint wöchentlich



BRH